

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den



Stadttrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Sohland

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Vierteljährl. 6.50 M., monatl. 2.20 M., durch die Post vierteljährl. 6.60 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Ausland, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Boten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.

Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 50 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 60 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 120 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Telefon Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Kontokonto Schandau 36.

Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinheunersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proßen, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmiltka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 94

Bad Schandau, Freitag, den 23. April 1920

64. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Aus San Remo verlautet, daß die Entente Deutschland eine Frist von drei Monaten zur Räumung des Ruhrreviers geben wird.
- \* Die Berliner Polizei hat festgestellt, daß Klapp Berlin erst am 11. April im Flugzeug verlassen hat.
- \* Söll wird zunächst noch nicht ausgeliefert, weil er sich vor einem sächsischen Gericht wegen des Widerstandes bei seiner Verhaftung verantworten soll.
- \* Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei, die an Stelle des Parteitag die Wahlakt und das Wahlprogramm endgültig festlegen soll, wird voraussichtlich am 5. und 6. Mai stattfinden.
- \* Der schon länger angekündigte Generallstreik in Elsaß-Lothringen hat jetzt begonnen.
- \* Der 10. Internationale Sozialisten- und Arbeiterkongress tritt am 31. Juli in Genf zusammen.
- \* Poincaré beschuldigt in einem Artikel England der Schuld am Ausbruch des Weltkrieges.

## Das Ende der sächsischen Koalitionsregierung.

Der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer hat in der gestrigen Sitzung der Sächsischen Volkskammer sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Nach der vorläufigen Verfassung muß mit dem Ministerpräsidenten die gesamte Regierung zurücktreten. In den letzten Tagen war nach den politischen Vorgängen mit dem Verschwinden der gegenwärtigen sächsischen Regierung zu rechnen. Von demokratischer Seite wird angegeben, daß sich Dr. Gradnauer durch den Ausgang der Hölz-Affäre und durch Angriffe aus den Reihen der Demokratischen Partei zum Rücktritt veranlaßt gesehen hat. Diese Angaben stellen die Tatsachen glatt auf den Kopf. Der Rücktritt Dr. Gradnauers ist lediglich die Folge einer Palastrevolution in seiner eigenen, d. h. in der mehrheitssozialdemokratischen Partei. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die radikale, die sogenannte Chemnitzer Richtung, die auf alle Fälle ein Zusammengehen mit den Unabhängigen und eine gemeinsame Regierungsbildung unter Ausschaltung der Bürgerlichen herbeiführen wollte, in der mehrheitssozialdemokratischen Partei längst die Oberhand gewonnen habe.

In unterrichteten Kreisen besteht kein Zweifel darüber, daß auf der am Sonntag in Meißen beginnenden Landeskonferenz der mehrheitssozialdemokratischen Partei der für die Regierung Gradnauer-Uhlitz eintretende Flügel Fräßdorf-Sindermann von den radikalen, unter Führung von Felsch-Chemnitzer Stehenden an die Wand gedrückt werden wird. In der sozialdemokratischen Volkskammer-Fraktion hat dieser radikale Flügel ebenfalls auch die überwiegende Mehrheit, wie aus einer am Mittwoch abgehaltenen Fraktionsitzung hervorging, die eine Kommission zu dem in Ostau (nicht in Schandau, wie verschiedene Blätter melden) sich zur Erholung aufhaltenden Ministerpräsidenten entsandte und ihn ersuchen ließ, noch vor der Landeskonferenz sein Rücktrittsgesuch einzureichen, um freie Bahn für eine rein sozialistische Regierung zu schaffen.

Die Hölz-Affäre, für deren blamablen Ausgang nicht nur Dr. Gradnauer, sondern das Gesamtministerium ohne Ausnahme verantwortlich zu machen ist, hat mit dem von den eigenen Parteigenossen Gradnauers erzwungenen Rücktritt, nicht das Geringste zu tun. Beweggrund für diejenigen, die Gradnauer zu Fall brachten, ist lediglich das Bestreben, mit Hilfe einer rein sozialistischen Regierung und der augenblicklich noch vorhandenen, aus Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen bestehenden Volkskammermehrheit, noch vor den Volkskammer-Neuwahlen möglichst weitgehende Sozialisierungsmaßnahmen durchzubringen und auch die Verfassung im sozialistischen Sinne zu gestalten.

## Stücklen Ministerpräsident?

In der Volkskammer wurde am Donnerstag auf Grund von Mitteilungen sozialdemokratischer Abgeordneter das Mitglied der Nationalversammlung Stücklen (früher Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Mittweida) als Kandidat für den Posten des sächsischen Ministerpräsidenten genannt.

## „Mit rückwirkender Kraft.“

Ein volkswirtschaftlicher Mitarbeiter schreibt uns: Ein in früheren Jahren eine Erhöhung von Preisen oder Gebühren vorgenommen, so war besonders bei den letzteren die Öffentlichkeit erstaunt, um nicht zu sagen geärgert, wenn nicht zwischen dem Beschluß und dem Inkrafttreten ein Zeitraum von mindestens einigen Monaten lag. Seit dem Kriege, besonders aber seit der Revolution haben sich die Zeiten gewaltig geändert. Preis- und Gebührenerhöhungen folgen einander im raschesten Zeitmaße. Seit etwa 1 1/2 Jahren macht sich vor allem noch eine andere Erscheinung geltend, die überdies weit über das hier geschilderte Gebiet hinausgegriffen hat: die Forderung solcher Erhöhungen, vor allem aber auch Lohn- und Gehaltserhöhungen um längere Zeit rückwirkend zu machen. Tritt eine Gruppe von Arbeitnehmern heute, sagen wir im November, in Tarifverhandlungen ein, so erscheint nicht selten unter ihren Forderungen der Punkt, daß das erhöhte Gehalt für die Zeit vom 1. Juli (oder einem andern Tage) nachzuzahlen sei. Und nimmt eine Fabrikantenvereinigung Preiserhöhungen vor, so ist es geradezu eine Ausnahme, wenn eine, sagen wir Ende Januar beschlossene Preiserhöhung nur für die Januar-Lieferung gilt und man nicht noch um Nachforderungen für das Vierteljahr vom Oktober bis Dezember an die Abnehmer herantritt.

Beinahe sieht es so aus, als fände keiner der Betreffenden etwas Absonderliches oder Widerwärtiges an diesem Vorgehen. Schon die Tatsache aber, daß gleichzeitig mit dieser Neuschöpfung die Klagen über die Unzuverlässigkeit des deutschen Kaufmanns und Industriellen im Ausland und Inlande sich mehren, sowie die fernere Tatsache, daß gerade seit Beginn dieser Art der Preisbewegung eine kaum zu übertreffende Unsicherheit in unser wirtschaftliches Leben hineingekommen ist, sollte staunig machen. Tatsächlich handelt es sich ja auch um ein Vorgehen, das weder logisch zu begründen ist, noch sich mit dem vereinbaren läßt, worin man früher mit Recht das Wesen des ehrbaren Kaufmanns sah. Und Kaufmann in diesem Sinne ist ja letzten Endes nicht nur der handelsgerichtlich eingetragene Gewerbetreibende, der Bücher führt, sondern ebenso der Angestellte und Arbeiter, der mit seinen Kenntnissen und seiner Arbeitskraft Handel treibt, und der kleine Handwerker und Krämer, dem das Geseh den Titel Kaufmann nicht zugeht.

Man mache sich doch einmal klar, was diese Forderung der Rückwirkung bedeutet. Nehmen wir zunächst ein Beispiel aus dem Großgewerbe: wenn etwa Ende März eine Vereinigung von Tuchherstellern ihre Preise um 40% erhöht und gleich so festlegt: diese Preiserhöhung müßte für alle Lieferungen seit Mitte Januar nachgezahlt werden, so heißt das doch nichts anderes, als daß z. B. der Schneider eigentlich gezahlt wäre, an den Kunden, für den er zu Anfang Februar aus dem damals bezogenen Stoff einen Anzug hergestellt hat, was ja heute fast stets gegen sofortige Zahlung oder gar gegen Vorauszahlung geschieht, noch eine neue Rechnung zu schicken, die um schätungsweise ein Viertel des ursprünglich bezahlten Betrages auskommen würde. Es bedarf nicht der Betonung, daß der Käufer dieses Anzuges wohl höchst erlautet sein und die Forderung einfach ablehnen würde. Nun tut aber eine Arbeitergruppe das gleiche, meinetwegen die Schneidergesellen. Es liegt auf der Hand, daß sich dadurch die Berechnungsgrundlage für den Schneidermeister nachträglich ganz ebenso tiefgreifend verändert, und daß er eigentlich mit einer eben solchen Nachforderung, wie vorher geschildert, hervortreten müßte, denn das ist das Bedeutsame bei den Wirkungen gerade solcher Forderungen: der Fabrikant und wohl auch der sogenannte Großhändler wird in den meisten Fällen in der Lage sein, die so geforderten Beträge in irgend einer Form von seinen Abnehmern sich vergüten zu lassen. Das ist aber mit seltenen Ausnahmen bei der letzten in Betracht kommenden Stelle, dem einzelnen Kaufmann und dem Handwerker eben nicht der Fall. Er steht sozusagen zwischen Baum und Vorke. Den Nachforderungen seiner Lieferer kann er sich nicht entziehen, denn er läuft sonst Gefahr, daß man ihm die Lieferung sperrt; er selbst aber ist kaum je in der Lage, Nachforderungen zu stellen und wird also durch dieses ganze Unwesen zu einer „Kalkulation“ erzogen, die solche Zufälligkeiten von vornherein in Rechnung stellt, also: die Preise unnütz verteuert.

Der letzte Grund dieses als unanständig zu bezeichnenden Verhaltens weiterer Kreise ist natürlich wie stets das Machtbewußtsein und das Gefühl der Unentbehrlichkeit, denn es gibt keine unorganisierte Unterbietungen mehr beim Arbeiter und Angestellten.

Das Heilmittel gegen die Nachforderungen des Fabrikanten liegt in den Verhältnissen selbst. Es kündigt sich bereits jetzt ein Wandel im Preisgebäude an, das mit diesen gefährlichen Auswirkungen sicherlich aufräumen wird. Mit dem Arbeiter und Angestellten liegt die Sache etwas anders. Man kann angesichts der noch immer wachsenden Steuererfüllung seine Forderungen noch nicht einmal von vornherein als unberechtigt abtun, aber er soll sich doch klar machen, daß

er nicht nur Erzeuger ist, sondern in mindestens ebenso hohem Maße Verbraucher, und als solcher von den üblen Folgen der Nachforderungsmanier aufs schwerste betroffen wird. So werden andere Bedingungen auch erfüllt sein müssen, ehe wir zu günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen kommen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist zweifellos, daß die Forderungen nach rückwirkender Kraft von Lohn- und Preiserhöhungen wieder dorthin gesteckt werden, wo sie hingehören: in das Museum kaufmännischer Preisunmäßigkeit.

## Noch eine Belastung der Zeitungen.

Die neuen Postgebühren.

Den ohnehin schwer gefährdeten Zeitungsbetrieben soll durch die geplante Postgebührenordnung die Lebensmöglichkeit noch mehr eingeengt werden. Nach den bisher geltenden Postbestimmungen war es jedem, der die Zeitung durch die Post bezog, freigestellt, je nach Belieben sich seine Zeitung vom Postamt abzuholen oder sie sich durch den Postboten ins Haus bringen zu lassen. Die Zeitung wurde dem Postboten ins Haus gebracht, so mußte er dafür ein Bestellgeld zahlen. Jetzt verlangt nun die Post, daß der gesamte Gebührentbetrag, ganz gleich, ob der Besteller seine Zeitung abholt oder nicht, vom Verleger bezahlt wird. Die Post faßiert also das ganze Abonnementgeld ein und führt die gesamte Zustellungsgebühr von dem Betrage, den der Verleger erhält. Die Zeitung und nicht der Empfänger hat also nicht nur die Kosten der Lieferung an die Post am Verlagsort des Abonnenten zu zahlen, sondern auch die Vergütung für den Weg des Postboten vom Postamt in die Wohnung des Bezahlers, und zwar ganz gleich, ob der Abonnent sich die Zeitung selbst mit seinen Briefen und sonstigen Poststücken vom Postamt abholt oder abholen läßt. Die Erleichterung, die für die Post darin lag, daß ein Teil, insbesondere der ländlichen Abonnenten, sich keine Poststücken selbst holte und dadurch der Post Arbeit ersparte, wird nun in Zukunft selbstverständlich auch in Fortfall kommen; denn wenn die Zustellung den Abonnenten nichts kostet, wird er sich hüten, den Weg zur Post selbst zu machen. Es ist unbedingt notwendig, daß diese drückende Bestimmung noch Abänderung erfährt.

## Deutsche Nationalversammlung.

(168. Sitzung.)

OB. Berlin, 22. April.

Die Fälle gesetgeberischen Stoffes, die noch zu erledigen sind, soll in einigen Tagen hemältert werden. Die parlamentarische Maschine arbeitet daher jetzt mit Vollkraft. Unter den geschäftlichen Mitteilungen, mit denen die heutige Sitzung eröffnet wurde, befand sich die Erwählung eines Generals des Reichsministers des Innern um Genehmigung zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Marekoff von der deutschen Volkspartei wegen der Verschuldung seiner Beteiligung an dem hochverräterischen Kapp-Unternehmen. Der Antrag wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Der dritte Punkt der Tagesordnung, dem man sich hierauf zuwenden, bestand in einem Antrag des Wohnungs- und Ausschusses auf Errichtung von Bergmannswohnungen. Nach einigen Auseinandersetzungen wurde beschlossen, die Wohnungsfürsorge auch auf den Kaliberbau auszuweiten, und die Mittel aus den Auslandserlösen zu nehmen. Das Gesetz über Maßnahmen zu dem Wohnungsmangel wurde dem Wohnungs- und Ausschusse überwiesen. Darauf begann die zweite Lesung des

## Reichswahlgesetzes.

Der Verfassungsausschuß hat die abgeänderte Regierungsvorlage einstimmig angenommen. Danach wird auf 60 000 abgegebene Stimmen ein Abgeordneter entfallen. Die Wahlkreise decken sich im allgemeinen mit den bisherigen. Diejenigen Wahlkreise, die geographisch oder geschichtlich zusammengehören, sind zu Wahlkreisverbänden zusammengefaßt. Innerhalb eines Wahlverbandes können Vor schläge für verbundene erklärt werden, sofern sie sich derselben Reichswahlkreise zurechnen. Überzählige Stimmen aus den Wahlkreisen werden bei Listenverbindung im Wahlkreisverband derjenigen Liste zugerechnet, die die meisten überzähligen Stimmen hat. Alle weiteren Rechte gehen auf die Reichsliste. Hat eine Liste innerhalb eines Wahlkreisverbandes in keinem Wahlkreis 30 000 Stimmen erzielt, so kann dieser Liste auch infolge der Listenverbindung kein örtlicher Abgeordneter zugerechnet werden. Die Stimmen gehen vielmehr auf die Reichsliste. Auf Grund der Reichsliste aber dürfen keine Gruppen mehr Sitze erhalten, als sie insgesamt in den einzelnen Wahlkreisen erhalten hat. Dadurch wird verhindert, daß kleine Gruppen, die nirgends im Reich über eine größere Zahl von Anhängern verfügen, in den Reichstag kommen.

Der Reichsminister des Innern hat begründete die Vorlage mit kurzen Worten. Ich hoffe, bemerkte er, daß der Wahlkampf nicht vergittert wird mit der Behauptung, die Koalitionsparteien hätten versucht, durch Wahlchiebungen sich an der Macht zu erhalten. Der einstimmige Beschluß des Wahlausschusses macht diese Behauptung zunichte. Alle Mängel des Verhältniswahlsystems sind durch den neuen Entwurf nicht beseitigt. Zimmerhuth hat dieses System große Vorzüge vor der Mehrheitswahl. Es ist angeregt worden, die Zahl der Reichstagsabgeordneten zu vermindern. Tatsächlich ist aber der Deutsche Reichstag einer der kleinsten Parlamente der Welt. Leider sind die ernsten Gefahren, die ein früher